

Interviewanfragen und weitere Informationen gerne unter:
Felix Ebel
Presse Volt Niedersachsen
presse@volteuropa.org
Tel.: +49 511 80090761



[Webseite](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [Instagram](#) | [LinkedIn](#)

Volt fordert weiter die Sicherung der Hochschulen durch ausreichende Grundfinanzierung

> Niedersächsischer Landtag debattiert über Hochschulautonomie, während Sparmaßnahmen an Hochschulen und Universitäten die Arbeitsplätze von Angestellten sowie ganze Studiengänge bedrohen.

Hannover, 13. Juni 2021 – Niedersächsische Hochschulen und Universitäten müssen nach den Plänen der Landesregierung bis zum Jahr 2024 ca. 120 Millionen Euro einsparen. Verbunden mit diesem Schritt sind Streichungen von kleinen Studiengängen, ein Abbau des wissenschaftlichen und administrativen Personals sowie Kürzungen bei Forschungseinrichtungen. Einen Monat nach Protesten der Angestellten, Studierenden und Hochschulen wird im Landtag über Hochschulautonomie - aber nicht über Hochschulfinanzierung debattiert.

Im Rahmen der Debatte am vergangenen Donnerstag bediente sich die CDU sogar dem Argument der von den Kürzungen betroffenen Studierenden und Angestellten, dass unabhängige Forschung und Hochschulbildung sich gerade in der Pandemiebekämpfung bewiesen haben. Verschwiegen wird aber weiterhin, dass diese auch einer solide Finanzierung bedürfen.

“Während andere Bundesländer in Bildung und Wissenschaft investieren, müssen wir in Niedersachsen für jedes von der Schließung bedrohte Seminar und Institut auf die Straße gehen.“, sagt Lea Dömming, Studentin und Kandidierende aus Göttingen für die kommende Bundestagswahl, rückblickend auf erfolgreichen Demonstrationen für die Erhaltung der Skandinavistik in Göttingen und Meteorologie in Hannover “Die Landesregierung spart mit jedem Tag ohne Rücknahme der Auflagen an der Zukunft Niedersachsens.”

Der reduzierte Etat bewirkt zunächst deutliche Arbeitsverdichtung oder gar Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes für die Angestellten an niedersächsischen Hochschulen. Langfristig werden dies aber auch die Studierenden in Form schlechterer Lehrqualität und einem geringeren Angebot an Studiengängen und Spezialisierungsmöglichkeiten zu spüren bekommen. Auch der Forschungsstandort Niedersachsen wird betroffen sein, wenn wissenschaftliche Mitarbeiter eingespart und die Anzahl an Professuren verringert werden.

“Wenn wir den ländlichen Raum stärken und Probleme wie den Klimawandel vor Ort angehen wollen, dann müssen wir regionale Studienmöglichkeiten in guter Lehrqualität und eine ansprechende Auswahl an Studien- und Forschungsmöglichkeiten erhalten“, fordert Jannik Unger, Student und Kandidierender aus Ditterse im Landkreis Gifhorn für die kommende Bundestagswahl.

Interviewanfragen und weitere Informationen gerne unter:
Felix Ebel
Presse Volt Niedersachsen
presse@volteuropa.org
Tel.: +49 511 80090761

[Webseite](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [Instagram](#) | [LinkedIn](#)

Dementsprechend fordert Volt Niedersachsen, dass endlich die Sparauflagen zurückgenommen werden und ein Modell für eine zukunftsfähige Finanzierung der Hochschulen und Universitäten entwickelt wird, dass die Qualität und Breite des Lehrangebots sichert. Die Forderungen sind auch im Bundestagswahlprogramm von Volt manifestiert. Volt setzt sich dafür ein, dass die Qualität der Lehre, insbesondere digitaler Lehre, weiter steigt und Studierende die Möglichkeit haben ihr Studium individuell zu gestalten. Um dies langfristig zu gewährleisten sollen Daueraufgaben der Verwaltung auch als solche behandelt werden und der Anteil unbefristeter Stellen auf mindestens 30% erhöht werden - aktuell liegt die Quote in Niedersachsen bei lediglich 10%.

Für Interviewanfragen oder weitere Informationen wenden Sie sich an

Felix Ebel
Presse Volt Niedersachsen
presse@volteuropa.org
Telefon: +49 511 80090761